

Ein Mandat Überhang ist zu wenig

Nehammer und Babler treten am Montag bei Van der Bellen in der Hofburg an und können am Dienstag bei einem Vieraugengespräch unter anderem dem einen mit den Wahlkarten von der ÖVP zur FPÖ gewanderten Mandat nachtrauern.

HELMUT SCHLIESSELBERGER

WIEN. Montags geben sich die Parteichefs von ÖVP und SPÖ, Karl Nehammer und Andreas Babler, bei Bundespräsident Alexander Van der Bellen die Klinke in die Hand. Tags darauf treffen Nehammer und Babler einander. Thema wird dabei mit Sicherheit auch die Was-wäre-gewesen-wenn-Frage um das eine am Montag aufgrund der Wahlkartenauszahlung von der ÖVP zum Wahlsieger FPÖ gewanderte Mandat sein. Dieses macht eine Zweierkoalition zwischen ÖVP und SPÖ in der Praxis unmöglich. Sonntagabend hatten ÖVP und SPÖ vor der Auszählung aller Wahlkarten gemeinsam noch 93 von 183 Mandaten gehabt. Das (vorläufige) Ender-

gebnis lautete dann aber 51 Mandate ÖVP, 41 SPÖ, 57 FPÖ, 18 Neos, 16 Grüne (Wahlbeteiligung 77,68%).

Nach Ansicht von Experten braucht eine Koalition drei bis fünf Mandate Überhang. Türkis-Grün hatte zuletzt mit 97 elf Mandate mehr als die Opposition. „Bei 93 zu 90 wäre es aus der Erfahrung möglich gewesen“, erklärt Parlamentarismusexperte Werner Zögernitz im SN-Gespräch. Bruno Kreisky habe sowohl ab 1971 als auch ab 1975 mit einer derart knappen Mehrheit regiert. Damals seien aber alle 93 Mandate bei einer Partei („Gleiche Ideologie, gleiche Interessen, gleiches Programm“) gewesen, und die Abgeordneten seien Kreisky blind gefolgt. Zudem habe es in den 70ern weniger weibliche Abgeordnete

und eine andere Altersstruktur gegeben. Heute seien viel mehr junge Frauen in der Politik, die aufgrund von Schwangerschaften zeitweise ausfallen können. Mit SPÖ und ÖVP stünden sich zudem zwei Parteien mit vielfach massiv entgegengesetzten Interessen gegenüber.

Bei drei Mandaten könnten zwei Abgeordnete krank sein und man hätte immer noch eine Mehrheit gehabt. Es habe aber auch schon in den 70er-Jahren Fälle gegeben, in denen Abgeordnete aus dem Spital geholt worden seien. „Der hat dann in einem Abgeordnetenzimmer gewartet, bis abgestimmt wurde.“

Aktuell, bei 51 Mandaten für die ÖVP und 41 für die SPÖ, schließt Zögernitz die Zweierkoalition so gut wie aus. „Ohne eine dritte Partei

wird es meiner Meinung nach nicht gehen.“ Die Gefahr von Erkrankungen oder auch nur Zugverspätungen sei zu groß, es gebe zudem auch immer wieder Sonderabstimmungen oder Ad-hoc-Abstimmungen.

„Ohne eine dritte Partei wird es meiner Meinung nach nicht gehen.“

Werner Zögernitz, Demokratie-Experte

Zuletzt gab es Berichte, wonach bei 91 Mandaten die burgenländische SPÖ mit Doskozil an der Spitze über den einen burgenländischen SPÖ-Abgeordneten im künftigen Nationalrat quasi ein Veto bei Gesetzesbeschlüssen einlegen könnte.

Ein Misstrauensantrag kann eine Regierung oder einzelne Minister mit einfacher Mehrheit sehr schnell stürzen. Ein als selbstständiger Entschließungsantrag eingebrachter Antrag wird erst einem Ausschuss zugewiesen, ein unselbstständiger aber noch am selben Tag abgestimmt, wobei ein Fünftel der Abgeordneten eine Vertagung auf den übernächsten Werktag verlangen kann. Es gibt laut Zögernitz eine geradezu inflationäre Anwendung des fast immer auf den dramatischen Ankündigungseffekt beschränkten Vehikels Misstrauensantrag. Erfolgreich war nur einer im Jahr 2019 gegen die Regierung Kurz. Damals verzichtete die ÖVP sogar auf den Aufschub um zwei Tage, da die Situation sich nicht geändert hätte.